

200 Millionen – Die Spitze des Eisberges ?

Gibt es Alternativen ?

Nicht ohne Stolz präsentierte die Staatsanwaltschaft Bochum in einer vorläufigen Bilanz ihre bisherigen Fahndungsergebnisse: In der Affäre um Steuerhinterziehung über Liechtensteiner Banken sind mindestens 200 Millionen Euro am Fiskus vorbei ins Ausland geschafft worden. Bei 150 Beschuldigten habe es in den vergangenen Tagen Durchsuchungen gegeben.

"Immenser" Steuerschaden

Das Geld wurde nach den Ermittlungen auf Konten oder in Schließfächern geparkt oder mit Unterstützung von Bankmitarbeitern in Stiftungen angelegt. Der Steuerschaden sei "immens". 91 der Verdächtigen hätten bereits gestanden und Abschlagzahlungen in Höhe von bisher 27,8 Millionen Euro geleistet, sagte Staatsanwalt Hans-Ulrich Krück. Weitere Zahlungen in ähnlicher Höhe seien angekündigt. Die Summe erhöhe sich ständig. Die Behörde verzeichnete außerdem 72 Selbstanzeigen. Ermittelt werde auch gegen drei deutsche Banken.

Erschienen am 26. Februar 2008 | dpa / AFP / T-Online

Kommentar:

Das aktuelle Thema „Steuerhinterziehung“ bewegt die Gemüter wie kein anderes Thema. Zu Recht und nicht zuletzt, weil diese Art von Wirtschaftskriminalität ein Maß von Professionalität erreicht hat was seines gleichen sucht und tatsächlich die Allgemeinheit massiv belastet und das nicht nur unter wirtschaftlichen Aspekten.

Man wünscht sich, daß die gleichen Akteure – Manager, speziell die Deutschen, Ihren Job mit der gleichen Geschicklichkeit ausführen um immer wiederkehrende Fehlentscheidungen im Unternehmensmanagement zu vermeiden und so zur Abwechslung einmal Arbeitsplätze zu sichern und nicht zu vernichten.

Es ist also zu begrüßen das die Staatsanwaltschaft entschlossen gegen Steuersünder, und hoffentlich mit der vollen Härte, vorgeht. Man kann den Beamten nur wünschen, daß Sie auch bis zum Schluss Ihrer Tätigkeit nachgehen können und nicht mit dem verstummen des ersten Presserummels die Sache wieder im Sande verlaufen lassen – ggf. l a s s e n m ü s s e n.

Das Beschaffen der Informationen mit Steuergeldern sollte ein Wermutstropfen sein, solange die Informationen zu dem geheiligten Zweck – Steuern und Kapital in Deutschland zu halten – führen.

Andererseits muß sich jede Bundesregierung den Vorwurf der Unverhältnismäßigkeit der Besteuerung der großen und kleinen Einkommen gefallen lassen und sollte diesen Dauerbrennpunkt einmal ernsthaft, unabhängig von parteipolitischen Grabenkämpfen, angehen.

In der Konsequenz kann man so vielleicht einige Kapitalflüchtige dazu bewegen, Ihr Geld in Deutschland legal zu investieren, was ausländische Konzerne schon seit Jahren tun. Dies würde sicher der Allgemeinheit und dem angelegtem Kapital zu Gute kommen.

Legale Steuersparmodelle gibt es noch zu Hauf, auch wenn die Bunderregierung stetig bemüht ist diese abzuschaffen.

Ein **Beispiel ist die erhöhte Immobilienabschreibung** für Investoren und für Eigennutzer nach den §§ 7i, 7h und 10 f EStG. Hier sind **legale Renditen mit bis zu 10 % jährlich** nachhaltig zu erwirtschaften und das im Grunde für Jedermann.

Natürlich sind die Renditen bei Kapitalflucht, z.B. Renditen bis zu 42 % durch die bei Einsparung der Besteuerung auf ein hohes Einkommen nach dem Spitzensteuersatz + eine attraktive Verzinsung, wesentlich interessanter, aber eben auch in der Regel illegal.

Infos & News - Immobiliendirektkonzept